

Propaganda statt Ferien

Die FDGB-Ferienplätze – Eine seltsame Rechnung

Wie überall in Deutschland hat auch in der Sowjetzone die Urlaubssaison begonnen. Tausende von Funktionären, Staatsbeamten und Aktivisten wissen, in welches der für sie bereitgestellten Erholungsheime sie zu fahren haben. Wie aber geht es der übrigen „werkstätigen Bevölkerung“? Der FDGB veröffentlicht in diesen Tagen: „114 Millionen für FDGB-Ferienstätten!“ und „Zahl der Ferienreisen 1955 auf über eine Million erhöht!“ Und eine kommunistische Zeitung errechnete dazu, daß so eine Million Arbeiter und Angestellte in den Genuß eines echten Sommerurlaubs käme, zu dem der Staat jedem noch 114 DM zuschieße. Wie aber sieht es wirklich aus?

In den Originalveröffentlichungen des FDGB-Ferienstättendienstes ist klar ersichtlich, daß es sich bei jenen 114 Millionen DM um die Summe handelt, die von 1948 bis Ende 1954, also innerhalb sieben Jahren (!) insgesamt für „Ferienreisen“ ausgegeben worden ist. Jeder kann das nachlesen! Weiter liest man, wie sich diese ominöse eine Million Urlaubsreisen aufschlüsselt. Man hat da folgende Milchmädchenrechnung aufgetan: Die Zahl sämtlicher Plätze in FDGB-, staatlichen und Vertragshäusern einschließlich der Plätze in GST- und Zeltlagern wurde addiert. Die so entstandene Summe wurde mit den 26 mal vierzehn Tagen des Jahres addiert, wodurch ersichtlich ward: Soud-so viele Menschen können bei durchgehendem Verkehr in einem Jahr, in diesem Falle 1955, „urlaubsmäßig durchgeschleust“ werden.

Milchmädchen-Rechnungen

Kein Urlauber, und habe er den Urlaub noch, so nötig, wird im Dezember an die Ostsee fahren, um sich dort in einen der dann frei gewordenen Strandkörbe zu setzen. Kaum jemand wird im Juli in einer thüringischen Schilfhütte Obdach nehmen, ganz abgesehen davon, daß er das gar nicht kann, weil diese Heime auf Sommergäste überhaupt nicht eingerichtet sind.

Nimmt man dann noch jene Heime aus, die dem normalen Arbeiter und Angestellten gar nicht zur Verfügung stehen, wird die Summe der tatsächlich zur Verfügung stehenden Ferienplätze langsam kläglich.

Hier setzt die Jagd auf die ominösen FDGB-Ferienstätten ein. Wie das vonstatten geht, ist jedem Sowjetzonenbewohner hinreichend bekannt. Irgendein volkseigener Betrieb bekommt für seine 800 Belegschaftsangehörigen 100 Ferienstättchen. Mit dem Löwenanteil deckt sich erst einmal die Betriebsleitung mit ihren politischen Sektionen ein. Dann kommen die Aktivisten und Bestarbeiter, danach bleibt nichts übrig. Nur in einigen Schwerpunktbetrieben ist die Lage günstiger, aber sie sind kein Maßstab, denn ihre Angehörigen sind ja bereits wieder eine privilegierte Schicht.

Enttäuschung statt Erholung

Hat man den Ferienstättchencheck, kommt oft genug die erste Enttäuschung: Das Ehepaar wird in ein Dreibettzimmer eingewiesen, weil sich bei der Ferienstättchen-Aufschlüsselung niemand um solche „individuellen Wünsche kümmerte. Ein anderes wird auseinandergerissen: Männer und Frauen extra! Das Kind muß, weil dieses Ferienheim keine Kinder aufnimmt, in ein Pionierzeltlager.

Ist man glücklich oder unglücklich untergebracht, überfällt einen die ganze kulturbarbarische FDGB-Kulturprogramm-Gestaltung. Wo man in Ruhe die Natur genießen will, tönt aus zahllosen Lautsprechern von früh bis in die Nacht der Deutschlandsender. Abends gibt es FDJ- und SED-Kulturveranstaltungen, größere Heime haben sogar eigene Gruppen der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“, damit der Urlauber wenigstens hier einmal seine im Betrieb gehemmte politische Aktivität entfalten kann. Kaum ein Urlauber kann von sich behaupten, er sei in einem FDGB-Heim gewesen, und habe 14 Tage ungestörter Ferien verbracht.

Warum keine Privatheime?

Gäbe es dazu eine Rundbefragung, es entschieden sich 80 Prozent der Urlauber für eine Unterbringung in privaten Pensionen oder Heimen, selbst wenn das für sie mehr Geld kosten würde. So aber ließ der FDGB in den vergangenen Jahren aus gutem Grund sämtliche erreichbaren Heime beschlagnehmen. Der Werkstätige soll schließlich gerade im Urlaub zur politischen „Aufklärung“ herangezogen werden, weil er im Betrieb nicht die Zeit dafür aufbringen wird.

„Keine Minute ohne Politikultur!“ ist die Devise des FDGB-Ferienprogramms. Was Wunder, wenn viele, die es bitter nötig hätten, ihren Urlaub lieber wieder im Schrebergarten oder auf dem Balkon verbringen! Mit diesem Zustand und gefältschten Zahlen aber noch Propaganda zu machen, das bleibt den SED-Funktionären vorbehalten.

J. B. Cradl:

Den toten Punkt vermeiden!

Wer sich im Lande umhört, wird feststellen, daß die Hoffnung auf Wiedervereinigung gewachsen ist. Das gilt insbesondere auch für die sowjetische Besatzungszone, wo die kleinen Funktionäre mit einemmal höflicher werden. Angesichts der Ereignisse der letzten Wochen und der kommenden internationalen Verhandlungen ist die Hoffnung sachlich begründet. Aber sowenig in dem Ringen um die Wiedervereinigung lähmende Skepsis angebracht ist, sowenig auch vertrauenselige Nachlässigkeit.

Gefahr des Status quo

Es ist sicher, daß das Thema Wiedervereinigung auf der Konferenz der vier Großmächte eine wesentliche Rolle spielen wird. Aber ebenso sicher wird es umgeben sein von anderen Themen, die für die vier Mächte nicht weniger wichtig, in einen oder anderen Fall sogar wichtiger sein werden. Man kann auch nicht erwarten, daß die vier Mächte in allem resignieren, wenn sie mit dem deutschen Thema nicht weiterkommen sollten.

Was die sowjetische Politik in Deutschland wirklich will, ist noch immer völlig offen. Nach einem Bericht der sowjetischen „Täglichen Rundschau“ soll der Präsident der sogenannten Volkskammer der DDR, Dieckmann, gesagt haben, westliche politische Kräfte seien bemüht, sich „der Lösung der deutschen Frage dadurch zu entziehen, daß sie erklären, sie könnten den für die Wiedervereinigung Deutschlands verlangten Preis der Neutralität oder der Neutralisierung Deutschlands nicht zahlen“. „Dazu“ — heißt es weiter — „ist zu sagen, daß ein solcher ‚Preis‘ bisher von keiner verantwortlichen Stelle gefordert ist.“

Das klingt nicht unvernünftig, aber was besagt schon eine Aussage aus Pankow! In einem Aufsatz der „Prawda“ vom 15. Juni werden viele „aktuelle Probleme des internationalen Lebens“ als Konferenzthemen

aufgestellt, das Thema Wiedervereinigung wird dabei nicht einmal genannt.

Auf westlicher Seite haben wir feste Zusicherungen der amtlichen Politik, an sie können wir uns halten. Jedoch in Frankreich wie in England — seltener in Amerika — gibt es Stimmen, die keinen starken Willen verraten, das Problem der deutschen Wiedervereinigung zu lösen.

Die bange Frage

So ist die Frage unvermeidlich, ob die Anstrengungen aller vier Großmächte stark genug sein werden, es in den kommenden Verhandlungen nicht zu einem toten Punkt für die Wiedervereinigung kommen zu lassen. Die Bundesrepublik Deutschland kann niemanden der „großen Vier“ zwingen, etwas gegen seinen eigenen Willen zu tun. Aber wir Deutsche, und vielleicht am stärksten in dieser Situation der so großes internationales Vertrauen genießende Bundeskanzler, haben manche Möglichkeit, auf die Willensbildung in einem förderlichen Sinne Einfluß zu nehmen.

Revidierter Eden-Plan?

Die meisten Erklärungen von Ost und West in den letzten Tagen über die beiderseitige Marschroute hatten eine harte und starre Sprache. Aber das ist vor Beginn von Verhandlungen zwischen so verschiedenartigen Denkweisen und Systemen wohl nicht anders möglich.

Um so beachtlicher erscheint uns eine Meldung aus New York über die Aussprache des Bundeskanzlers mit den drei westlichen Außenministern. Danach soll der Eden-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands, der seinerzeit der Berliner Konferenz vorgelegt worden war, der neuen Lage angepaßt werden. Dieser Plan stellt bekanntlich zwei Grundthesen auf: Wiedervereinigung durch freie Wahlen und Entscheidungsfreiheit für ein vereinigtes Deutschland.

Damals bereits wurde die Frage diskutiert, ob es realistisch ist, den künftigen Status Deutschlands völlig offenzulassen, so daß die Sowjets damit rechnen müßten, daß freie Wahlen in der Sowjetzone gleichbedeutend werden könn-

ten mit der Einbeziehung der Sowjetzone in die damals noch zur Erörterung stehende Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Inzwischen sind an die Stelle der EVG die Pariser Verträge getreten, aber im Grundsätzlichen ist die Frage dadurch nicht geändert. Bei den beabsichtigten Änderungen wird gerade dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen.

Aus dem Dilemma zwischen dem natürlichen Verlangen nach Entscheidungsfreiheit und der Frage des militärischen Status eines vereinigten Deutschland wird wahrscheinlich nur der Weg eines gemeinsamen Sicherheitsplanes herausführen.

Definieren läßt sich ein solches System leicht: die an ihm Beteiligten garantieren sich gegenseitig, daß sie automatisch den Angegriffenen schützen und gegen den Angreifer vorgehen. Aber wer wird an dem System beteiligt? In dieser Frage konzentriert sich wie im Brennpunkt eines Spiegels alle Problematik der kommenden Konferenzen. Wird es ein System der beiden Machtblöcke sein mit je einem Teil Deutschland, oder ein System der einzelnen Staaten, darin auch Bundesrepublik und DDR einzeln, oder neben den anderen Teilnehmern des kollektiven Systems ein vereinigtes Deutschland? Die Fragenreihe ließe sich lange fortsetzen.

Die Reihenfolge

Die westlichen Außenminister und Molotow werden sich bei ihrer Begegnung auf dem UN-Jubiläum in San Franzisko über die Tagesordnung zu einigen haben. Tatsächlich ist die Reihenfolge der Hauptfragen ziemlich gleichgültig, sie sind alle ineinander verwoben.

Es hat in den letzten Wochen eine Diskussion darüber gegeben, ob eine Reihenfolge Abrüstung — Entspannung — Wiedervereinigung richtig ist. Tatsächlich ist sie ebenso richtig oder falsch wie ihre Umkehrung: Wiedervereinigung — Entspannung — Abrüstung. Man muß an alle drei Aufgaben zugleich herangehen. In einem Sinne allerdings besteht eine ganz klare kausale Abhängigkeit: ohne Wiedervereinigung ist eine echte Entspannung unmöglich.

100000 Heimkehrer fordern Gehör

Erste Großkundgebung früherer Kriegsgefangener

Hannover (AP/DPA). Zu ihrem ersten großen Deutschland-Treffen haben sich am Sonnabend über 100 000 im Verband der Heimkehrer zusammengeschlossene ehemalige Kriegsgefangene versammelt. Das Heimkehrertreffen wurde mit einer Großkundgebung eröffnet. Der niedersächsische Ministerpräsident Hellwege betonte in einer Ansprache, daß die Sache der Heimkehrer ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes sei, über alle Parteien und Gegensätze hinweg. Die noch in Gefangenschaft lebenden Soldaten wurden bei der Kundgebung symbolisch von 60 Frauen vertreten, deren Männer noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind.

Hellwege sagte weiter, wenn der Bundeskanzler die Sowjetunion besuchen sollte, dann werde ihn die Erwartung von Millionen Deutschen begleiten, daß er von der Sowjetregierung eine echte Bekundung des Willens zum Frieden und zur Freiheit durch die Freilassung auch der letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten fordere.

Der Hauptgeschäftsführer des Heimkehrerverbandes, Kiesling, legte ein Bekenntnis der ehemaligen Kriegsgefangenen zur demokratischen Staatsform ab. „Wir wissen, was die Freiheit wert ist, und wir werden jederzeit bereit sein, sie gegen jeden zu verteidigen, der sie uns wieder nehmen will.“

Der Heimkehrerverband will bei dem Deutschland-Treffen versuchen, einen Teil der Schicksale der 1,2 Millionen Vermißten und rund 83 000 verschollenen deutschen Soldaten aufzuklären. Zusammen mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes stellte er fast 30 000 Bilder von Vermißten aus. Bereits nach Abschluß der Veranstaltungen des ersten Tages konnte der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes mitteilen, daß 634 Vermißtenschicksale geklärt wurden.

Zahlreiche deutsche und aus-

ländische Stellen übermittelten dem Heimkehrertreffen Großtelegramme. Unter den ausländischen Journalisten in Hannover befindet sich auch der Westeuropa-Korrespondent der sowjetischen „Prawda“.

Wiedervereinigung nicht verschleppen

„Unteilbares Deutschland“ appelliert an Großmächte

Braunschweig (Eigenbericht). Im Verlaufe seiner Jahrestagung in Braunschweig hat das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ einstimmig beschlossen, an die Außenminister der vier Großmächte einen Appell für die Wiedervereinigung unseres Landes zu richten. Die Erklärung, die telegraphisch und schriftlich den vier Außenministern übermittelt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Das Kuratorium Unteilbares Deutschland, in dem alle Schichten, Parteien und Verbände für die Wiedervereinigung in Freiheit zusammenwirken, stellt mit Befriedigung fest, daß die politische Entwicklung neue Möglichkeiten eines Ausgleichs der Gegensätze in der Welt eröffnet. Wir hoffen zuversichtlich, daß die bevorstehenden internationalen Kon-

„Der erste Bürger Europas“

Washington (DPA). US-Außenminister Dulles bezeichnete Bundeskanzler Adenauer als „den ersten Bürger im Nachkriegseuropa“. Er sagte: „Ich denke, die meisten werden mit mir darin übereinstimmen, daß der erste Bürger des freien Europas während des zweiten Weltkrieges Winston Churchill war. Ich glaube, wir dürfen uns auch darin einig sein, daß der erste Bürger des Nachkriegseuropas Bundeskanzler Adenauer ist.“ Dulles sprach bei einem Essen im Metropolitan Club in Washington, das Adenauer gab.

ferenzen und Gespräche zu einer solchen Entspannung führen. Eine wirkliche Befriedung kann sich aber nicht abmahnen, wenn die deutsche Frage ungeklärt bleibt. Es erfüllt uns mit Sorge, daß Pläne vorgelegt sind, die praktisch auf die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands hinauslaufen. Demgegenüber müssen wir mit großem Ernst sagen, daß eine Verschleppung der deutschen Wiedervereinigung eine ständige Gefährdung des Friedens bedeutet. Wir erwarten, daß die Mächte in Erfüllung der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen dem deutschen Volke dazu verhelfen, daß es durch seine Wiedervereinigung seinen Beitrag zum Frieden und zur Freiheit der Völker leisten kann.“

Treffen der Schlesier

Hannover (Eigenmeldung). Im Rahmen des 6. Bundestreffens der Landsmannschaft Schlesien findet am 24. 6. in der Stadthalle von Hannover eine „Festliche Stunde“ statt, in der Bundestagsabgeordneter Dr. Kiesinger sprechen wird. Redner auf der Großkundgebung am Sonntag sind Bundesminister Kaiser, der Regierende Bürgermeister Professor Suhr und der niedersächsische Ministerpräsident Hellwege. An dem Treffen werden etwa 300 000 Schlesier teilnehmen.

Dr. Krone Fraktionsvorsitzender

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat Dr. Heinrich Krone zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden als Nachfolger des Außenministers von Brentano gewählt.

Krone, der zu den bekanntesten Persönlichkeiten des Bundestages gehört, wurde am 1. Dezember 1895 in Hessisch-Oldendorf geboren und besuchte in Hildesheim das Gymnasium.

Seit den zwanziger Jahren war er in Berlin politisch tätig und bis 1933 Mitglied des deutschen Reichstages. Im Jahre 1945 war er einer der Mitbegründer der CDU in Berlin und gehörte dem Parteivorstand unter Jakob Kaiser an. Seine politische Aufbauarbeit in der Sowjetzone wurde Ende 1947 beendet, als die sowjetische Besatzungsmacht den legalen Hauptvorstand der CDU absetzte.

Ergebnisse der Amerika-Reise

Adenauer sprach mit den Außenministern

New York (AP/DPA). Besprechungen mit Präsident Eisenhower und den Außenministern der drei Westmächte führte Bundeskanzler Adenauer während seines fast einwöchigen Besuches in den USA, der jetzt zu Ende ging. Nach der Besprechung mit den drei Außenministern zur Vorbereitung der Genser Konferenz wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Außenminister die Hoffnung aussprachen, „daß mit Beharrlichkeit im kommenden Monat viel auf dem Wege zu einem Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit erreicht werden kann“.

Wie in New York verlautete, hat der Bundeskanzler seinen Gesprächspartnern folgende Gedanken dargestellt:

1. Die Westmächte sollen in Genf gemeinsam einen Vorschlag für die allgemeine kontrollierte Abrüstung unterbreiten und versuchen, die in Ost und West bestehenden Sicherheitssysteme aufeinander abzustimmen.

2. Die Westmächte sollen außerdem in Genf konkrete Vorschläge für die Verwirklichung der deutschen Einheit auf der Basis freier Wahlen unterbreiten.

3. Der Gedanke der Neutralisierung Deutschlands oder der Bildung eines neutralen Sicherheitsgürtels müsse vom Westen klar abgelehnt werden.

Dazu wird erklärt, die drei Westmächte und die Bundesrepublik hätten beschlossen, den auf der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 vom Westen vorgelegten Eden-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands abzuändern. Mehrere neue Vorschläge sollen in den Plan eingearbeitet werden, der als ersten Schritt zur Wiedervereinigung freie gesamtdeutsche Wahlen vorsieht.

Die abgeänderte Fassung des Planes soll den Sowjets bei der Erörterung des Deutschlandproblems auf der kommenden Viererkonferenz vorgelegt werden.

Zu Beginn seines Besuchs hatte Dr. Adenauer eine mehrstündige Besprechung mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles. Dabei herrschte volle Übereinstimmung in der Beurteilung der internationalen Lage und über die mit der bevorstehenden Viererkonferenz beginnende entscheidende Phase der Weltpolitik.

In dem Kommuniqué heißt es wörtlich: „Sie (die Gesprächspartner) stimmten darin über-

ein, daß eines der Ziele der bevorstehenden Viermächte-Konferenz darin liegen soll, den Weg zu einer baldigen Wiedervereinigung Deutschlands zu bereiten.

Sie betonten dabei ihre Überzeugung, daß der Begriff der Neutralität in keiner Weise auf Deutschland angewandt und daß Deutschland seine Unabhängigkeit nur in einem System der kollektiven Sicherheit bewahren kann.“

Grundlage der Washingtoner Besprechungen war ein von Adenauer vorgelegtes politisches Programm. Die Hauptpunkte des Programms sind:

Keine Anerkennung Pankows

Entschiedene Erklärung in Bonn

Bonn (Eigenbericht). Über die Probleme, die durch die Einladung Adenauers nach Moskau zur Debatte gestellt sind, äußerte sich Außenminister von Brentano ausführlich auf seiner ersten Pressekonferenz.

Er wies darauf hin, daß ein Termin für die Zusammenkunft Adenauers mit den Sowjets noch nicht festgelegt ist. Notwendigerweise müssen eine Anzahl von Vorfragen zwischen Moskau und Bonn geklärt werden.

Auf die Frage, ob der Bundeskanzler in den Verhandlungen mit der Sowjetregierung auch das Problem der deutschen Ostgrenzen aufwerfen werde, erwiderte der Minister, er glaube nicht, daß beabsichtigt sei, es in seiner vollen Breite aufzurollen. Die Bundesregierung habe aber auch nicht die Absicht, es mit Stillschweigen zu übergehen, denn es sei untrennbar mit dem Problem der allgemeinen Entspannung verbunden.

Brentano gab ferner zu verstehen, daß die Bundesregierung in die Verhandlungen mit den Sowjets mit gewissen konstruktiven Vorschlägen für die

1. jede Chance der Entspannung muß genutzt werden.

2. die deutsche Wiedervereinigung muß in Genf im Vordergrund stehen.

3. Nach einer Klärung von Zwischenfragen auf diplomatischem Wege will Adenauer das Gespräch mit den sowjetischen Staatsmännern aufnehmen;

4. die Europapolitik wird aktiv fortgesetzt.

Dr. Adenauer wurde von der Harvard-Universität, der ältesten und berühmtesten Universität der USA, die Würde eines Ehrendoktors der Rechte verliehen. Zum zehntenmal wurde Dr. Adenauer damit durch einen Ehrendokortitel geehrt.

„Als willensfester Staatsmann des deutschen Wiederaufbaus und als energischer Kämpfer für Frieden und Einheit in Europa hat Dr. Adenauer seinem Land wieder einen Platz unter den Nationen gegeben.“ Mit diesen Worten begründete der Präsident der Harvard-Universität, Nathan March Pusey, die Ehrung.

Wiedervereinigung hineingehen wird. Jedenfalls sei es nicht ihre Absicht, vorher bloß festzulegen, was sie nicht wolle und nicht anzunehmen bereit sei.

Die Pressekonferenz erhielt eine besondere Note durch die wiederholten Fragen der Vertreter sowjetzonaler Zeitungen, die sich durchweg mit der Anerkennung der Pankower Regierung befaßten.

Brentano erklärte zu einer der Fragen, die Wort für Wort von einem Blatt vorgelesen wurde, die Wiedervereinigung werde sich keineswegs durch einen Kontakt zwischen Bonn und Pankow vollziehen, sondern durch eine Entscheidung des deutschen Volkes. „Eine Anerkennung der Sowjetzone als selbständiger Staat ist für uns unmöglich und kann niemals eine für unannehmbare Bedingung sein.“

Dabei ließ der Außenminister die Möglichkeit offen, ob für eine Übergangszeit vor der Wiedervereinigung technische Kontakte zu den Verwaltungsorganen der Sowjetzone aufgenommen werden.

Berliner Mahnmal

Berlin (Eigenbericht). Den Auftakt zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des „Tages der deutschen Einheit“ in Berlin bildete die Einweihung des Grabmals für die Opfer der Volkshebung vom 17. Juni 1953 auf dem Friedhof an der See-Ecke Müllerstraße.

Das Mahnmal, das von dem Berliner Bildhauer Karl Wenke geschaffen wurde, zeigt einen Menschen, der sich gegen die Unterdrückung auflehnt, symbolisiert durch einen Felsen, der mit aller Kraft weggedrückt werden soll. Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden legten als erste Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und Bundesminister Kaiser Kränze am Mahnmal nieder.

Mut zum Wagnis

WG. Die deutsche Geschichte ist nicht reich an dramatischen Handlungen, die das ganze Volk in Protest und Bekenntnis vereinen. Ein solches Drama aber brachte vor zwei Jahren in der Sowjetzone der 17. Juni, — ein Ereignis von weltweiter Bedeutung.

Hier erhob sich nicht eine organisierte Gewalt gegen den kommunistischen Staatsapparat, um ihm die Macht zu entreißen, sondern das war der elementare Ausbruch waffenloser Empörung, ein Schrei aller nach Freiheit und Einheit. Nur so konnte der 17. Juni in die Geschichte eingehen und Geschichte machen.

Das war ein Tag der schonungslosen Enthüllung. Die Machthaber der Zone hatten schließlich nichts hinter sich als — die sowjetischen Panzer. Ihnen allein verdanken sie, daß sie von der stummen Wucht des Protestes und des Bekenntnisses der gesamten Bevölkerung nicht einfach hinweggefegt worden sind.

Spätestens am 17. Juni 1953 müssen die Sowjets erkannt haben, wie es um die kommunistische Herrschaft in der Zone steht. Heute jedenfalls wissen sie, daß sie sich zur Gestaltung einer neuen Ordnung zwischen der Sowjetunion und Deutschland, die sich nur in Freiheit entwickeln konnte, die falschen Partner gewählt haben, — daß sie immer Gewalt benötigen

Fanal für Freiheit und Einheit

Große Kundgebungen am 17. Juni

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Die Bevölkerung Berlins und des Bundesgebietes hat am 17. Juni aus Anlaß des Volksaufstandes 1953 in zahlreichen Kundgebungen und Gedenkfeiern erneut ein Bekenntnis für die Freiheit und Einheit Deutschlands abgelegt. In Ansprachen führender Politiker, Gewerkschafter, Gelehrter und kirchlicher Würdenträger wurde immer wieder davor gewarnt, den Status quo beizubehalten.

Im Mittelpunkt stand neben dem Festakt in Bonn, den Veranstaltungen der Vertriebenen-Organisationen, der Hochschulen sowie des Kuratoriums Unterteilbares Deutschland vor allem die Großkundgebung in Berlin auf dem Rudolph-Wilde-Platz, an der viele Zehntausende von Berlinern aus dem Osten und Westen der Stadt teilnahmen.

Als erster Sprecher appellierte

der Regierende Bürgermeister Suhr an die verantwortlichen Staatsmänner der Welt, ein geeintes und geistig freies Deutschland wiederherzustellen.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier sagte, Berlin und die 18 Millionen in der sowjetischen Besatzungszone hätten Deutschland und der Welt ein Beispiel menschlicher Größe geboten. SPD-Vorsitzender Ollenhauer trat für eine größere Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Sowjetzone ein.

Bundesminister Kaiser betonte, ein freies, einheitliches deutsches Staatswesen könne nicht über ein neutralisiertes Berlin erreicht werden. „Es kann nur verwirklicht werden mit einem freien Berlin, das wieder die Hauptstadt Deutschlands ist“, stellte der Minister unter starkem Beifall fest. „Wir nehmen die Teilung unseres Landes nicht hin. Denn sie ist nicht nur Explosivstoff für Deutschland. Sie ist es für Europa und die Welt.“

Beim Festakt im Plenarsaal des Bundeshauses, an dem auch Bundespräsident Prof. Heuss teilnahm, sagte Vizekanzler Blücher, das deutsche Volk sei fest entschlossen, alles zu tun, um den Sieg des Rechtes, der Freiheit und die deutsche Einheit zu erreichen.

Auch im Ausland wies man auf die Bedeutung des 17. Juni hin. US-Botschafter Dr. Conant erklärte in einer Botschaft, die ganze Welt gedenke an diesem Tage mit Ehrfurcht derer, die mit dem Mut der Verzweiflung gegen die bewaffnete Macht im kommunistisch besetzten Teil Deutschlands ihr Recht auf politische und wirtschaftliche Freiheit forderten. Die Vorsitzenden der großen amerikanischen Gewerkschaftsbünde AFL und CIO sandten Botschaften.

werden, um sie in ihrer illegalen Macht zu erhalten.

In seiner politischen Bedeutung und in seiner moralischen Triebkraft ist der 17. Juni einer der großen Tage der deutschen Geschichte. Wir erfüllen eine nationale Pflicht, wenn wir diejenigen ehren, diese Millionen noch unterdrückter deutscher Menschen, die ihm den Rang eines großen moralischen Zeichens gegeben haben.

Wir gedenken der Toten, die an diesem Tage ihr Leben für die Freiheit geopfert haben, und wir gedenken der noch Lebenden, deren Wagnis für die Freiheit in den Zuchthäusern endete. Uns selbst geben sie die Mahnung, für die Einheit und Freiheit unseres Volkes nicht nur zu reden, sondern zu handeln und auch zu wagen.

Auf den Mut zum wohlverwogenen Wagnis kommt es schließlich an. Es gibt keinen Weg zur Wiedervereinigung in Freiheit und Sicherheit, der im Hinblick auf das Ziel nicht von ernstesten Risiken belastet wäre. Den Mut zum Wagnis brauchen wir deshalb vor allem dann, wenn in erstarrten politischen Positionen reale Möglichkeiten einer Wiedervereinigung sich an politischen Doktrinen stoßen sollten, die keine absolute Gültigkeit haben — es sei denn, es handele sich um den Grundsatz der Freiheit und Sicherheit Gesamtdeutschlands;

Zwischen Glück und Katzenjammer

So packen in Österreich die Besatzungssoldaten ihre Koffer

Wien (Eigenbericht). Auf dem kleinen Bahnhof in Baden bei Wien, von wo allwöchentlich der russische Urlaubszug nach Moskau abfährt, geht es genau so zu, wie vor Monaten: Soldaten und Offiziere mit verschürzten Handkoffern, Frauen mit in Tüchern gehüllten Paketen. So sieht man es schon seit zehn Jahren in dieser trostlos armseligen Station. Und doch gibt es seit Wochen einen ganz wesentlichen Unterschied: die aus dem Osten zurückkehrenden Zuggarnituren sind nämlich nicht mehr mit Menschen vollgepfropft wie früher, sondern leer.

Die Russen verlassen Wien im Zeitlupentempo, sie schleichen aus dem Land, gewissermaßen mit dem Zeigefinger vor dem Mund. So, als wollten sie am liebsten gar nicht wahrhaben wollen, überhaupt einmal dagesewen zu sein. Die einst mit rauher Kehle geradezu provozierend sangesfreudigen Regimenter ziehen jetzt ruhig und beinahe rücksichtsvoll durch die Straßen der Wiener Randbezirke, sie marschieren nach rechts, nach links, wie es der Verkehr erfordert. Und ohne irgendwelches Aufsehen werden es immer weniger.

In der Provinz wird einmal da, einmal dort eine Kommandantur aufgelassen, im Burgenland überreichen die Russen die Schlüssel einiger enteigneter Güter mit gerührten Worten den Besitzern, die allerdings wenig erfreut waren, da sie vollkommen zugrunde gerichtete Landwirtschaften zurückerhalten.

Ohne Gefühlsregungen

Die an den Grenzen gegen die Satellitenstaaten gelegenen russischen Posten haben ihr Interesse an den ungarischen und tschechischen Überläufern in verblüffender Weise verloren. Sie überlassen die Flüchtlinge den österreichischen Behörden, was nach den fanatischen Menschenjagden, die hier noch vor kurzem veranstaltet wurden, geradezu unfassbar wirkt.

Die Russen wenden sich ab, mit undurchdringlichen Gesichtern. Sie lassen sich fortkommandieren, und man sieht keine Trauer, keinerlei Gefühlsregung, kein Abschiedswinken, auch keine Freude auf die Rückkehr in die Heimat, man merkt überhaupt nichts in ihren Mienen. Der Abzug der russischen Truppen aus Österreich wirkt geradezu unheimlich und gespenstisch in seiner Stille.

Ganz anders geht es bei den USA-Truppen zu. In Salzburg ereignen sich erschütternde Familienszenen. Ein gewaltiger Run auf die österreichischen Behörden hat eingesetzt, von denen die „Damen“ der Soldaten Führungszeugnisse anstreben, um noch knapp vor Toresschluß zu einer Ehe oder wenigstens deren ernsthafter Vorbereitung zu kommen. So mancher amerikanische Offizier war mit Österreichern befreundet, verkehrte in Salzburger Familien, es gab sehr viele echte menschliche Bindungen.

Auch die USA-Soldaten ziehen nicht mit klingendem Spiel und glänzenden Abschiedsparaden ab, sie gehen ohne offizielle Begleitmusik, doch man merkt, daß sie gehen.

In den großen USIA-Betrieben sitzen nach wie vor die russischen Generaldirektoren und die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre. Aber sie sind über Nacht kollegial und zurückhaltend geworden. Die Betriebe sind total ruiniert, der Maschinenpark ist zur Verschrottung reif. Die Landwirtschaften sind durch Raubbau und Abholzung in nahezu hoffnungslosem Zustand. Wären die Russen auch nur um ein Jahr

länger geblieben, so hätten sie einem vollkommenen Zusammenbruch ihrer wirtschaftlichen Organisationen nicht ausweichen können.

Direktoren gesucht

Es ist also zu erwarten, daß diese von den Russen zurückgegebenen „Werte“ den Österreichern noch schwer im Magen liegen werden. Die Probleme beginnen schon damit, daß das leitende Personal aus unzureichend qualifizierten Kommunisten besteht, und man sich nun den Kopf zerbricht, woher man geschulte Leute nehmen soll. Man sucht Direktoren, Büroleiter und Werkmeister und findet sie nicht, denn die Fähigen sitzen seit Jahren in hochbezahlten Stellungen anderswo und denken nicht daran, in USIA-Betrieben riskante Aufgaben zu übernehmen.

Die von den Amerikanern zurückgelassenen Objekte müssen wenigstens nicht gekauft werden, noch handelt es sich in der Regel um enteignete Betriebe, sondern um amerikanische Gründungen. Darunter befinden sich zahlreiche Militärbauten, aber auch eine Zeitung und eine Sendestation.

Österreich ist also durch den Abzug der Besatzungstruppen in lebhaftere Bewegung geraten. Wenn auch am äußeren Bild vorläufig noch keine allzu großen Veränderungen eingetreten sind, hinter den ruhigen Fassaden geht es innenpolitisch augenblicklich drunter und drüber.

Achtung, Postspitzel!

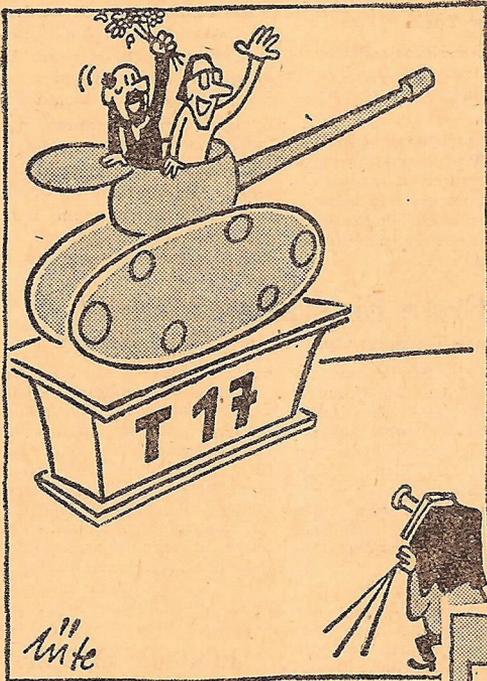
In den letzten Tagen wurden auf zahlreichen Postämtern Ostberlins und sowjetzonaler Kreisstädte neue Zensurstellen eingerichtet. Sie arbeiten mit Durchleuchtung und Wärmeöffnung, so daß den Sendungen keinerlei Kontrolle anzumerken ist.

Bisher war es beispielsweise möglich, einem sowjetzonalen Empfänger eine unkontrollierte Nachricht zukommen zu lassen, indem man den Brief durch Bekannte am gleichen Zonenort oder im gleichen Ostberliner

Zustellbereich einstecken ließ. Jetzt wird jede eingehende Sendung sofort am Aufgabepostamt kontrolliert, wodurch ein „gefährlicher“ Brief erst gar nicht weitergeleitet werden kann.

Vorerst gibt es kein Mittel gegen diese staatliche Bespitzelung. Die jeweils sechs bis zehn Zensur-Beauftragten, meist Angehörige der FDJ innerhalb des Postpersonals, nehmen ihre Aufgabe mit allen Mitteln wahr. Drei- bis viertägige Postverzögerungen stören sie nicht.

Erinnerungs-Bild



Unsere Dank der Sowjet-Union

Aktivisten und Turbinen

Die „Aktivisten-Brigaden“ im Ostsektor Berlins veranstalten ein Wettrennen, um die Gesamtarbeitszeit zu drücken. Während in gut gepflegten Kraftwerken eine Turbinen-Überholung mindestens 40 Tage beansprucht, müssen es die „Strom-Henneckes“ in der sowjetischen Besatzungszone in zehn Tagen schaffen. Die Fachleute im Großkraftwerk Klingenberg haben sich vergeblich gegen diese Schnellreparaturen ausgesprochen. Vor Pfingsten wurde die Turbine I generalüberholt. Geldprämien von insgesamt 2400 Ostmark sind an die beteiligten drei Brigaden verteilt worden. Zur Zeit ist die Turbine II (70 000 Kilowatt) außer Betrieb gesetzt. Für sie darf die Schnellreparatur nur 18 Tage in Anspruch nehmen.

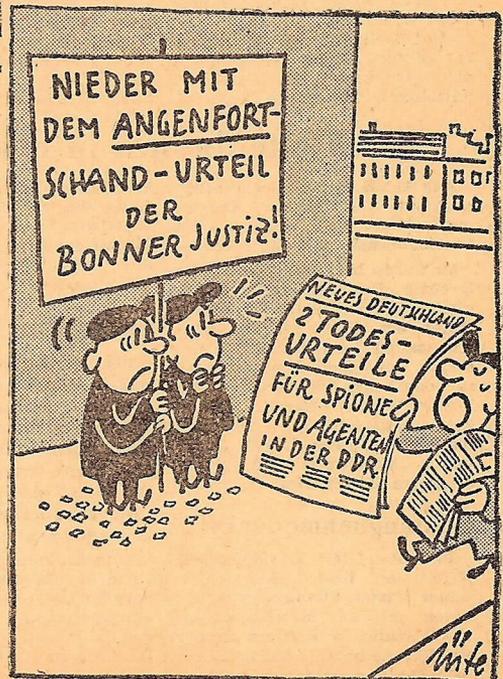
Diese Elle ist durch die Schwierigkeiten in der sowjetzonalen Stromversorgung bedingt. Jedoch hat das Verfahren seine Schattenseiten: Bereits im Vorjahr mußten fast alle Schnellreparaturen in den sowjetzonalen Kraftwerken schon nach einem halben Jahr wiederholt werden. Bei der Überprüfung ließ sich jedoch nicht mehr feststellen, welche Fehler von welcher „Brigade“ gemacht worden waren.

Da kenne sich einer aus

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda“ bringt auf seiner letzten Seite eine Berichtigung, in der es sich für eine irrtümliche Kritik an dem von dem früheren Ministerpräsidenten Malenkow geleiteten Ministerium für die Kraftwerke entschuldigt. In dem Leitartikel der Wochenendausgabe über den Bau von Getreidesilos, in dem an mehreren Ministerien Kritik geübt wurde, sei nicht das Ministerium für die Kraftwerke gemeint gewesen, sondern das Ministerium für den Bau von Kraftwerken, das von F. G. Loginow geleitet wird...

Moskau sendet „heiße Musik“

Londoner Rundfunkhörer trauten ihren Ohren nicht: Sieben Stunden lang ertönten amerikanische Unterhaltungs- und Tanzmusik sowie Jazzrhythmen aus dem Lautsprecher — gesendet von Radio Moskau auf dem 25-Meter-Kurzwellenband. Dieses musikalische Nonstop-Programm geht schon den zweiten Tag über den Äther, und niemand weiß, warum der Kremel mit seinem Grundsatz der völligen Ablehnung amerikanischer Tanz- und Jazzmusik plötzlich gebrochen hat.



„Neues Deutschland“ heute neu ...“

Das größte Haus der Welt

„Palast des Fortschritts“ in New York

Das größte Gebäude der Welt soll unter dem Namen „Palast des Fortschritts“ jetzt in New York errichtet werden. Das Projekt ist mit 100 Millionen Dollar veranschlagt und entthront zwei „Weltwunder“ zugleich.

Mit einer Nutzfläche von 650 000 Quadratmetern besitzt es eine noch größere innere Ausdehnung als das Pentagon, das amerikanische Kriegsministerium, das bisher mit rund 600 000 Quadratmetern den Flächenrekord hielt, und mit einem

erhält, wird der Organisator der New-Yorker Weltausstellung von 1939, Rose, unter dessen Leitung in den unteren Stockwerken des Mammutgebäudes eine ständige Weltausstellung unterhalten werden soll.

Freunde in der SBZ bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin - Charlottenburg 9, mitzuteilen.

Rauminhalt von 4,3 Millionen Kubikmetern wird der „Palast des Fortschritts“ um etwa zwei Millionen Kubikmeter mehr Raum enthalten als die ägyptische Cheopspyramide und damit auch diesen Kolos in den Schatten stellen.

„Hausmeister“ des mehr als 150 Meter hohen Wolkenkratzers, der seinen Standort unmittelbar über einem Bahnhof

Flottenbesuch in Kiel

Aus Anlaß der „Kieler Woche“ erwartet die frühere Kriegsmarinestadt Kiel den größten Flottenbesuch seit Kriegsende.

Es trafen bereits der britische Kreuzer „Bermuda“ und das Begleitschiff „Retainer“ im Kieler Hafen ein. Tausende von Kielern sahen dem Einlaufen des ersten britischen Kriegsschiffes zu, das nach 1914 offiziell die Kieler Woche besucht. Außerdem ankerten die amerikanischen Zerstörer „Lind“, „English“, „McGowan“ und „Hancock“ im Kieler Hafen.

Stellungnahme der EKU

Der Rat der Evangelischen Kirche der Union, der sich in seiner letzten Sitzung unter anderem mit der Beschlagnahme von kirchlichen Blättern in der Sowjetzone befaßte hat in einem Schreiben an Grotewohl erklärt, daß der Brief des Zonen-Presseamtes, in dem das Verbot der

Zeitungen begründet wurde, „eine Entstellung des klaren Wortlauts der Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche der Union zur Wiedervereinigung unseres Volkes“ enthält.

Dibelius über England-Reise

Bischof D. Dibelius hat bei seiner Rückkehr aus England dankbar hervorgehoben, daß seit Jahrzehnten keinem deutschen Kirchenführer in England ein solch überaus herzlichler Empfang von staatlichen wie auch kirchlichen Stellen zuteil geworden sei.

Auf Einladung der Königin hatte er auf einem Ehrenplatz der Royal Gallery der Eröffnungszereimonie des Parlaments beigewohnt. Die Teilnahme des Bischofs an staatlichen Empfängen und kirchlichen Veranstaltungen fand in der englischen Tagespresse starke Beachtung.

Pläne für Atom-Schiffe

Die Bundesrepublik wird noch in diesem Jahr in die Entwicklung atomkraftbetriebener Handelschiffe eintreten.

In Hamburg hat sich ein Arbeitsausschuß führender Atomphysiker und Schiffbautechniker gebildet, die in Norddeutschland einen Kernreaktor aufstellen und Atomenergie zum Betrieb von Schiffsmaschinen und Elektrogeneratoren ausnutzen wollen.

Erste Einschienenbahn?

Von Köln nach Opladen — 25 Millionen DM

Wenn sich die Stadtväter von Köln, Leverkusen und Opladen bereit finden, tief in die Stadtkassen zu greifen und zusammen die Summe von 25 Millionen D-Mark auf den Tisch legen, dann wird die erste „Alweg“-Einschienenbahn-Strecke der Welt zwischen Köln und dem 18 km entfernt liegenden Opladen gebaut.

Die Vorplanung für diese neuartige Schnellverkehrslinie ist jetzt abgeschlossen. Nach den fertiggestellten Plänen soll die erste „Alweg“-Stadtbahnstrecke von Kölner Hauptbahnhof aus über einen eigenen „Fahrbal-

ken“-Rheinübergang über Köln-Mülheim, Stammheim, Flittard, Leverkusen, Wiesdorf und Küppersteg nach Opladen führen. Die Fahrtzeit der stromlinienförmigen Bahn, die sich mit elektrischem Antrieb fergesteuert (ohne Führer) auf einem auf Betonpfeilern ruhenden breiten Fahrbalken fortbewegt, soll zwischen Köln und Opladen nur etwa 20 Minuten, gegenüber einer Straßenbahn-Fahrtzeit von bisher 60 Minuten betragen.

Jubiläum in Bethel

Die theologische Schule Bethel bei Bielefeld kann in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist eine der ältesten evangelischen kirchlichen Hochschulen in Deutschland.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.